

NAHE AN DER SPREE

Ihr Newsletter aus dem Deutschen Bundestag



Liebe Freundinnen und Freunde,

Geduld und Disziplin werden sich auszahlen. Für unsere Gesundheit und für unsere Wirtschaft. Die Einschränkungen auf Grund der Coronakrise treffen viele Menschen, Unternehmen, Familien und Vereine sehr hart. Und doch muss uns der Gesundheitsschutz vor allem der Risikogruppen weiterhin am Herzen liegen. Wenn es uns gelingt, Disziplin und Geduld auch in den Phasen der stufenweisen Lockerungen beizubehalten, dann glückt uns mit Sicherheit auch der wirtschaftliche und soziale Neustart. In dieser Woche haben wir weitere nötige Hilfsmaßnahmen beschlossen, dazu mehr im Folgenden. Wir müssen aber darauf achten, die nachfolgenden Generationen nicht Übergebür mit Schulden zu belasten und müssen auch die Zeit nach der Coronakrise im Blick behalten. Weiterbildung ist in Zukunft unerlässlich, damit Beschäftigte auch in einer krisengeschüttelten Wirtschaft ihre Arbeitsplätze behalten. Dazu habe ich im Plenum des Bundestages gesprochen. Außerdem informiere ich Sie über die erste digitale Enquetesitzung und die bevorstehende Rentenerhöhung.

Viel Freude beim Lesen!

Ihre *Antje Lezius*

Halten Sie die Printausgabe in Händen und möchten meinen Newsletter zukünftig digital lesen? Abonnieren können Sie ihn unter www.antje-lezius.de oder durch das Einscannen des QR-Codes.





Gestaltung des Wandels – Meine Rede im Plenum

Strukturwandel, Digitalisierung, Automatisierung – Wirtschaft, Ausbildung und Arbeitsmarkt sind einem Wandel unterzogen, dessen Geschwindigkeit durch den technischen Fortschritt in den letzten Jahrzehnten weiter zugenommen hat.

Die Arbeitswelt wandelt sich. Wir werden viele neue Tätigkeitsfelder, nicht jedoch weniger Arbeit haben. Dadurch liegt es in unsere Hand, diesen Wandel positiv zu gestalten.

Betriebliche Weiterbildung ist Sache der Arbeitgeber. Jedes Jahr wird hierfür ein zweistelliger Milliardenbetrag aufgewendet. Dies ist gut und richtig so. Die Unternehmen wissen am besten, was in den Betrieben an Fachwissen benötigt wird.

Neben der betrieblichen Weiterbildung sind jedoch auch weiterführende Aus- und Weiterbildungen, die Erlangung neuer Kompetenzen, notwendig. Wir können, sollten und dürfen es uns als Volkswirtschaft nicht leisten, diese Maßnahmen erst dann anzugehen, wenn Arbeitslosigkeit bereits eingetreten ist oder sich sogar verfestigt hat.

Durch das Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung werden weitere, zielgerichtete Qualifizierungsmaßnahmen ermöglicht und so die langfristige Beschäftigungsfähigkeit gesichert werden. Meine Rede im Bundestag finden Sie unter https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/L/lezius_antje-521608, weitere Details unter: <https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze/arbeit-von-morgen-gesetz.html>. Ich bin sehr froh, bei diesem Gesetz als Berichterstatterin mitgewirkt zu haben.



Beschlüsse zu Corona-Hilfen in dieser Sitzungswoche

Den Auftakt macht der Koalitionsausschuss mit einer Erhöhung des Kurzarbeitergelds und einer Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I. Sie werden für eine begrenzte Zeit verlängert. Der Gastronomiebetriebe soll steuerlich entlastet werden und ebenfalls für einen begrenzten Zeitraum für Speisen den ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent entrichten. Außerdem will der Bund Schulen und Schüler beim digitalen Unterricht zu Hause mit 500 Millionen Euro unterstützen.

Geplant sind außerdem steuerliche Entlastungen für kleine und mittelständische Unternehmen - um Liquidität zu sichern. Konkret geht es um die sogenannte Verlustverrechnung. Absehbare Verluste für dieses Jahr sollen mit Steuer-Vorauszahlungen aus dem vergangenen Jahr verrechnet werden dürfen. Bereits im parlamentarischen Verfahren sind die Gesetze zur Anpassung des Elterngelds, der Gutscheinelösung für Veranstalter, dem besseren Schutz der Kulturlandschaft vor Insolvenz, ein verbesserter Schutz vor fremden Übernahmen wichtiger Firmen und kritischer Infrastruktur. Dazu gehören zum Beispiel Medizintechnik, Schutzausrüstung, Energie und Telekommunikation, aber auch Cloud-Computing. Auch das Bafög wird angepasst, damit Studierende ihre Förderung auch erhalten, wenn der Lehrbetrieb an Schulen und Hochschulen wegen der COVID-19-Pandemie ausgesetzt ist.

Bei aller notwendigen Hilfe müssen wir aber dringend auf das richtige Maß achten. Die neuen Hilfen kosten Milliarden. Wegen der Hilfspakete steigt Deutschlands Staatsverschuldung deutlich an. So wie es aussieht, wird die Schuldenquote - also das Verhältnis der Schulden zur gesamten Wirtschaftsleistung - Ende des Jahres bei 75,25 Prozent liegen!



Die Renten steigen um 3,45, bzw. 4,20 Prozent

Erfreuliche Nachrichten für alle Rentnerinnen und Rentner: Die Renten in Deutschland werden trotz der aktuellen Krise zum 1. Juli 2020 wieder deutlich steigen. In Westdeutschland steigt die Rente um 3,45 Prozent, in den neuen Ländern um 4,20 Prozent. Für eine Standardrente bedeutet das: Künftig beträgt sie im Westen monatlich 1538,55 Euro (51,37 Euro mehr als im Vorjahr) und im Osten 1495,35 Euro (60,30 Euro mehr als im Vorjahr). Möglich wird das Rentenplus durch die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und steigende Löhne der letzten Jahre. Die Löhne stiegen 2019 im Westen im Vergleich zu 2018 um 3,28 Prozent. Im Osten waren es 3,83 Prozent.

Auch für Landwirtinnen und Landwirte verändern sich die Rentenbezüge. Der allgemeine Rentenwert (West) für im Ruhestand befindliche Landwirte beträgt ab Juli 2020 15,79 Euro beziehungsweise 15,32 Euro (Ost). Da die Höhe der Rente der Entwicklung der Löhne folgt, steht diese Anpassung trotz der aktuell schwierigen Lage den Rentnerinnen und Rentnern in Deutschland zu. Ich erwarte, dass diese Renten Anpassung zu einem deutlich besseren Rentenniveau führen wird. Auch das ist eine gute Nachricht.

Die Corona-Krise kann sich erst zeitversetzt auf künftige Renten Anpassungen auswirken. Doch selbst wenn die Corona-Krise die Lohnentwicklung beeinflussen wird, müssen Rentner nicht um die Höhe ihrer Altersbezüge fürchten, denn eine Schutzklausel verhindert auch zukünftig, dass Renten sinken.



Enquete zu digitalen Arbeitswelt wird endlich digital

Unsere 20. Sitzung der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ fand diesmal als Videokonferenz statt. Mittlerweile haben die Meisten von uns Abgeordneten dank der vielen digitalen Meetings der letzten Wochen schon eine solide Routine bei Videokonferenzen entwickelt.

Es nimmt darum nicht wunder, dass unsere Sitzung samt zugehöriger Vorgespräche, auch nach insgesamt sechs Stunden und teilweise mehr als dreißig Teilnehmern, konstruktiv und diszipliniert voran ging. In der öffentlichen Online-Anhörung ging es diesmal um die Modernisierung des Prüfungswesens.

Die Frage über eine mögliche Vergütung auf 450-Euro-Basis pro Prüfungszyklus für Prüfer wurde noch kontrovers diktiert. Positiv bewerte ich die Vorschläge eines digitalen Fragenpools für Prüfer, eines digital geführtes Berichtsheets und das Vorantreiben digital unterstützter Prüfungsformate und Ausbildungskonzepte. Die gegenseitige Anerkennung von Leistungen durch verschiedene Lernorte muss außerdem weitergehen und kann von digitalen Instrumenten profitieren. Hier wird die nächste Enquete-Sitzung thematisch anschließen, die genau diese Verbesserung der Kooperation der Lernorte von Berufsschule und Betrieb zum Thema haben wird. Langsam nimmt auch der Abschlussbericht Formen an. Er wird zusammenfassen, wie unser Erfolgsprodukt „berufliche Bildung“ fit wird für die schöne neue digitale Arbeitswelt.

Diäten abgespeckt

Es ist ein kleines Zeichen, aber es ist richtig und gut: In dieser Woche haben wir in erster Lesung einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, um das Anpassungsverfahren für die Diäten, das Gehalt der Abgeordneten, in diesem Jahr auszusetzen.

Gemäß Gesetz folgen die Diäten seit 2014, ähnlich wie es bei den Renten ist, der Lohn- und Einkommensentwicklung und werden entsprechend angepasst. Millionen Bürger erleben derzeit starke Einschnitte, Unsicherheiten, Kurzarbeit, Insolvenzangst.

Für uns Abgeordnete wäre eine Anpassung derzeit nicht angebracht.

Zahl der Woche

15,40 ...

... Euro im Vergleich zu 13,20 Euro. So steigt der erstmals branchenweit verbindliche Mindestlohn in der Pflege bis 2022. Bezahlten Mehrurlaub gibt es außerdem, und zwar 5 Tage in diesem Jahr und im nächsten Jahr 6 Tage. Rund 1,2 Millionen Menschen arbeiten in der Altenpflege – und die Corona-Pandemie führt uns gerade ihre große Verantwortung für Leben und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürgern vor Augen. Mit dem heutigen Beschluss will die Bundesregierung die Arbeitsbedingungen verbessern und den Beruf attraktiver machen.

Kontakt

Bürgerbüro Bad Kreuznach

Freiherr-vom-Stein-Str. 16
55543 Bad Kreuznach
Tel.: (0671) 92 02 97 33
Fax: (0671) 92 06 50 93

Berlin

Platz der Republik
111011 Berlin
Tel.: (030) 227 78152
Fax: (030) 227 70152

Bürgerbüro Birkenfeld

Weierbacher Str. 3
55743 Idar-Oberstein
Tel.: (06784) 98 373 55
Fax: (06784) 98 373 56

Online

www.antje-lezius.de
<https://de-de.facebook.com/AntjeLezius/>